

Wir stehen heute vor einer entscheidenden Weichenstellung für die Zukunft unseres Landkreises. Dieser Haushalt ist weit mehr als eine Ansammlung von Zahlen, Einnahmen und Ausgaben. Er ist ein **zentrales politisches Dokument**, ein Kompass, der unsere Prioritäten für die nächsten zwölf Monate festlegt. Und er muss, gerade in diesen herausfordernden Zeiten, ein klares Bekenntnis zu unserer **kommunalen Daseinsvorsorge** ablegen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf konfrontiert uns mit ernststen Realitäten. Die globalen wirtschaftlichen Turbulenzen, die steigenden Energiepreise, die Inflation und nicht zuletzt die **strukturellen Defizite** in der Finanzierung unserer öffentlichen Einrichtungen drücken auf unsere Kreisumlage und belasten unsere kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Es ist allerdings nicht hilfreich, die prekäre Situation ausschließlich auf die **Sozialausgaben** zu reduzieren. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten die **soziale Sicherung** für **unabdingbar** und werden alles dafür tun, um einen sozialen Kahlschlag zu verhindern. Gerade weil die Schwächsten unserer Gesellschaft, Kinder, unsere besondere Unterstützung bedürfen. Aus diesem Grund hat sich die SPD-Fraktion in der Vergangenheit immer wieder des Themas Kinderarmut angenommen und wird dies auch weiterhin tun. Trotz dieser widrigen Umstände dürfen wir uns nicht wegducken. Wir müssen **handlungsfähig** bleiben und die essenziellen Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger sichern.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns auf **die Kernbereiche der Daseinsvorsorge** konzentrieren, die für die Lebensqualität in unserem Landkreis von existenzieller Bedeutung sind.

I. Die Gesundheitsversorgung

Der Bereich der Gesundheitsversorgung ist aktuell der wohl kritischste Posten in unserem Haushalt und in unserer politischen Agenda. Die Diskussion um die Zukunft unserer Kreiskrankenhäuser in **Schwäbisch Hall** und **Crailsheim** ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine **gesellschaftliche Frage** für unseren gesamten Landkreis.

1. Der unbedingte Erhalt beider Kreiskrankenhäuser

Lassen Sie es mich unmissverständlich klarstellen: **Der Erhalt beider Kreiskrankenhäuser an ihren jetzigen Standorten ist für unsere Fraktion nicht verhandelbar.**

Wer in ländlichen Regionen wie unserer lebt und arbeitet, muss sich darauf verlassen können, dass im Notfall **schnelle, qualitativ hochwertige medizinische Hilfe** in angemessener Distanz verfügbar ist. Eine Schließung eines der Häuser würde nicht nur die **Notfallversorgung** im betroffenen Einzugsgebiet massiv verschlechtern – man denke nur an die ohnehin schon langen Anfahrtswege im Rettungsdienst – sie würde auch den **demografischen Wandel** beschleunigen und unseren Landkreis als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort nachhaltig schwächen.

Jedes Krankenhaus ist ein **regionaler Ankerpunkt**: Es sichert nicht nur die medizinische Versorgung, sondern ist auch ein **zentraler Arbeitgeber** für Ärzte, Pflegepersonal, Verwaltung und technisches Personal. Der Verlust eines solchen Ankers würde eine Kaskade negativer Effekte auslösen. Deshalb gilt: **Beide Standorte müssen mit ihrem aktuellen Leistungsspektrum erhalten bleiben!** Wir müssen anerkennen, dass die flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum pro Kopf teurer ist, aber sie ist ein **Preis der Gerechtigkeit** und der gleichwertigen Lebensverhältnisse, den wir bereit sein müssen zu zahlen.

2. Die Notwendigkeit eines strategischen Investors

Wir sind uns der **strukturellen Finanzierungsprobleme** im deutschen Krankenhauswesen bewusst. Die enormen Investitionen, die für die Modernisierung, Digitalisierung und die Einhaltung neuer Qualitätsanforderungen nötig sind, können wir als Landkreis **nicht länger alleine stemmen**.

Wir brauchen daher einen **starken, strategischen Partner**. Der **Einstieg eines Investors** ist kein Zeichen von Schwäche, sondern ein Akt der **verantwortungsvollen Zukunftsgestaltung**. Nur mit frischem, externem Kapital gelingt es uns, die erforderlichen Mittel für die Sanierung der Gebäude, die Anschaffung modernster Medizintechnik und die Sicherung der Liquidität zu mobilisieren.

3. Konstruktive Gespräche mit der SRH – Klare Leitplanken setzen

Wir begrüßen daher ausdrücklich die **konstruktiven Gespräche mit der SRH** über eine mögliche Beteiligung der Krankenhäuser und fordern die Verwaltung auf, diesen Weg mit **höchster Priorität und Zielstrebigkeit** weiter zu verfolgen. Die SRH ist eine erfahrene Trägerschaft mit Expertise in der Führung von Kliniken, die zudem über erhebliches fachliches Know-How verfügt. Auf diesen Erfahrungsschatz sollten wir nicht verzichten.

Aber wir müssen in diesen Verhandlungen **klare Leitplanken** definieren. Unsere Fraktion fordert, dass trotz des Investoren-Einstiegs die **strategische Hoheit über die Zukunftsgestaltung der Kliniken beim Landkreis verbleiben muss**.

Was bedeutet das konkret? Es bedeutet, dass **grundlegende strategische Entscheidungen** – wie zum Beispiel die **Schließung ganzer Abteilungen**, die Reduktion von Bettenkapazitäten oder die Festlegung der medizinischen Schwerpunktsetzung – **nicht allein in die Hand des Investors gelegt werden dürfen**. Der Kreistag, als legitimes Organ der Bürgerinnen und Bürger, muss **das letzte Wort** behalten. Nur so stellen wir sicher, dass die medizinische Versorgung den regionalen Bedarfen dient und nicht primär ökonomischen Renditeerwartungen unterliegt. Die Daseinsvorsorge darf kein Spekulationsobjekt sein.

4. Gerechte Bezahlung in der DIAK Dienstleistungs GmbH (DDL)

Zur Sicherung unserer Kliniken gehört auch die **faire Behandlung unserer Mitarbeiter**. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass essenzielle Tätigkeiten wie Reinigung, Küche, Wäscherei oder Logistik, die über die **DDL** erbracht werden, schlechter bezahlt werden als

vergleichbare Leistungen, die direkt von der Krankenhaus-Muttergesellschaft auf Basis des **Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD)** entlohnt werden.

Wir fordern daher nachdrücklich, dass die Löhne und Gehälter in der **DDL auf das Niveau des TVöD angeglichen** werden. Es ist ein Gebot der **sozialen Gerechtigkeit** und der **Wertschätzung**, dass wir die harte Arbeit dieser Kolleginnen und Kollegen anerkennen. Diese Zwei-Klassen-Gesellschaft beim Personal muss beendet werden. Eine faire Bezahlung ist zudem ein wichtiger Faktor, um Personal zu binden und dem grassierenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

II. Bezahlbare Mobilität: Schulbeförderung als Chancengleichheit

Der zweite entscheidende Bereich unserer Daseinsvorsorge betrifft die **Bildung und Mobilität unserer Kinder**.

In einem Flächenlandkreis wie dem unseren ist der Schulweg oft lang. Wir müssen jede finanzielle Barriere beseitigen, die den Zugang zu Bildung erschwert. Deshalb lautet unsere klare Forderung an diesen Haushalt und die Kreisverwaltung: **Die Schulbeförderung in Gänze muss kostenfrei bleiben. Wir fordern darüber hinaus die Gebührenfreiheit für Kindergärten sowie die kostenlose Schulverpflegung.**

Eine kostenlose Schülerbeförderung ist ein **sozialpolitischer Eckpfeiler**. Sie entlastet Familien – insbesondere solche mit geringerem Einkommen oder mehreren schulpflichtigen Kindern – von erheblichen Kosten. Sie ist ein **Beitrag zur Chancengleichheit**, der sicherstellt, dass die Wahl der passenden Schule nicht an den Kosten für Bus- oder Bahntickets scheitert. Solange im Raum steht, die kostenlose Schulbeförderung abzuschaffen, kommt für uns eine Sanierung des Landratsamtes nicht in Frage.

Zudem senden wir damit ein wichtiges **ökologisches Signal**. Wir fördern die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und wirken der Zunahme des sogenannten „Elterntaxis“ entgegen, was die Verkehrssicherheit vor den Schulen erhöht und zur Reduktion von CO₂-Emissionen beiträgt. Die Kostenfreiheit der Schulbeförderung ist somit eine **Investition in unsere Familien, in die Bildung und in den [Klimaschutz](#)**. Im Übrigen verweisen wir beim ÖPNV gerne auf die Vorschläge der SPD-Fraktion in den Haushaltsreden der letzten Jahre.

Damit der Klimaschutz in unserem Landkreis weiterhin gestärkt wird, wird die neue Schwerpunktsetzung für das Klimazentrum in Wolpertshausen von unserer Fraktion begrüßt.

III. Bezahlbarer Wohnraum: Stärkung des ländlichen Raums

Die dritte Säule der Daseinsvorsorge ist die **Wohnraumfrage**. Wohnen wird immer teurer. Die Dynamik der Ballungszentren greift längst auf unseren ländlichen Raum über. Unsere dringend benötigten Fachkräfte, junge Familien und Senioren finden außerhalb von Schwäbisch Hall und Crailsheim kaum noch bezahlbaren Wohnraum.

Hier muss der Landkreis seine **Gestaltungsrolle** wahrnehmen. Wir rufen die Kreisverwaltung deshalb **erneut und mit Nachdruck dazu auf, zu prüfen, ob die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft sinnvoll ist.**

Eine solche Gesellschaft hätte folgende entscheidende Vorteile:

1. **Gezielte Investition im ländlichen Raum:** Sie könnte gezielt in den kleineren Städten und Gemeinden außerhalb der großen Kreisstädte **Schwäbisch Hall und Crailsheim** agieren, wo private Investoren oft zurückhaltend sind.
2. **Sozialorientiertes Bauen:** Eine kreiseigene Gesellschaft wäre nicht primär renditeorientiert, sondern könnte den Fokus auf **sozial geförderten Wohnungsbau**, die **Reaktivierung von Leerständen** und die Sanierung von Altbestand legen.
3. **Standortfaktor:** Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum ist heute ein **zentraler Standortfaktor** für unsere Unternehmen und unsere Kliniken. Wenn wir unsere Pflegekräfte halten wollen, müssen wir ihnen bezahlbares Wohnen ermöglichen.

Die Prüfung dieser Option muss jetzt **mit der notwendigen Priorität** und Expertise angegangen werden. Wir erwarten belastbare Zahlen und ein konkretes Umsetzungskonzept, um die Debatte aus der Schleife der reinen Absichtserklärungen zu führen.

IV. Kommunalanleihen prüfen

Angesichts der massiven Investitionsbedarfe – nicht nur in den Kliniken, sondern auch in Schulen und Infrastruktur – müssen wir **neue, innovative Finanzierungswege für den Kreis** erschließen. Neben der Suche nach einem Investor fordern wir die Verwaltung auf, **dringend die Emission von Kommunalanleihen zur Finanzierung zentraler Projekte zu prüfen.**

Kommunalanleihen, auch "Bürgeranleihen" genannt, sind eine Möglichkeit, Kapital direkt von Bürgern und regionalen Investoren aufzunehmen. Dies hat zwei Vorteile:

1. **Günstige Konditionen:** Wir könnten potenziell **günstigere Zinssätze** als bei konventionellen Krediten erhalten, da wir die Kreditaufnahme auf eine breitere Basis stellen und das Vertrauen der Bürger in die Stabilität des Landkreises nutzen.
2. **Bürgerbindung:** Es bietet den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landkreises eine attraktive, **sichere und regionale Anlagemöglichkeit** und stärkt gleichzeitig die

Identifikation mit den kommunalen Projekten, etwa der Kliniksicherung oder dem Wohnungsbau.

Wir fordern die Kreisverwaltung auf, die **rechtlichen, finanziellen und administrativen Voraussetzungen** für die **Emission einer Kommunalanleihe** noch in diesem Haushaltsjahr zu analysieren und dem Kreistag vorzulegen. Das wäre ein **Pionierprojekt** und ein starkes Signal der Selbstbestimmung.

Solange die oben genannten Punkte geprüft wurden, sehen wir eine Erhöhung der Kreisumlage auf 39,4 Punkte unnötig und werden deshalb diesem Punkt nicht zustimmen.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

Lassen Sie uns diesen Haushalt als das begreifen, was er ist: **eine Investition in die Zukunft und die Gerechtigkeit** unseres Landkreises. Wir sind bereit, diese Verantwortung gemeinsam zu tragen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unseren Anträgen im Rahmen der Haushaltsberatung.